



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht USA

2023

In mehreren Bundesstaaten gab es Bestrebungen, das Recht auf Versammlungsfreiheit einzuschränken. Schwarze Menschen wurden unverhältnismäßig oft Opfer tödlicher Polizeigewalt. Bezüglich der Abschaffung der Todesstrafe gab es lediglich im Bundesstaat Washington Fortschritte. Die willkürlichen und unbegrenzten Inhaftierungen auf dem US-Marinestützpunkt Guantánamo Bay auf Kuba dauerten an.

Exzessive Gewaltanwendung

Laut Medienberichten tötete die Polizei 2023 durch Schusswaffeneinsatz 1.153 Personen. Schwarze Menschen wurden unverhältnismäßig oft Opfer tödlicher Polizeigewalt. Ihr Anteil an den Getöteten lag bei fast 18,5 Prozent, während sie nur etwa 13 Prozent der Bevölkerung ausmachten.

Ein vom UN-Menschenrechtsrat eingesetzter internationaler unabhängiger UN-Expertenmechanismus zur Förderung von Rassengerechtigkeit und Gleichbehandlung im Kontext der Strafverfolgung besuchte 2023 die USA. Im Anschluss forderte die Delegation die Regierung auf, Daten über direkte Kontakte der Bevölkerung mit Ordnungskräften und der Strafjustiz zu erheben, zu analysieren und zu veröffentlichen, die nach ethnischer Herkunft aufgeschlüsselt sind. Außerdem solle die Regierung sicherstellen, dass in allen Fällen exzessiver Gewaltanwendung und anderer Menschenrechtsverletzungen durch Ordnungskräfte eine rasche, wirksame und unabhängige strafrechtliche Untersuchung erfolgt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Am 18. Januar 2023 begann ein behördenübergreifender Polizeieinsatz unter Leitung der Polizei des Bundesstaats Georgia (*Georgia State Patrol*) mit dem Ziel, ein Protestcamp zu räumen, das Aktivist*innen Ende 2021 in einem Wald am Stadtrand von Atlanta errichtet hatten, um den Bau der Trainingsanlage *Cop City* zu verhindern. Nach offizieller Darstellung forderte die Polizei bei dem Einsatz den Umweltschützer Manuel Esteban (Tortuguita) Páez Terán auf, sein Zelt zu verlassen. Daraufhin habe dieser auf die Polizist*innen geschossen und dabei einen Polizisten verletzt, woraufhin die Polizist*innen das Feuer erwidert und Páez Terán getötet hätten. Eine unabhängige Autopsie ergab, dass 57 Schüsse auf den Aktivist abgefeuert worden waren und seine Hände keine Schmauchspuren aufwiesen.

Todesstrafe

Obwohl auf Bundesebene nach wie vor ein Hinrichtungsstopp in Kraft war, bestand das Justizministerium auf den bereits verhängten Todesurteilen, bemühte sich um deren Bestätigung in Rechtsmittelverfahren und drängte auf die Verhängung neuer Todesurteile. In beiden Häusern des US-Kongresses wurden erneut zwei Gesetzentwürfe zur Abschaffung der Todesstrafe auf Bundesebene eingebracht, doch wurde über keinen der beiden abgestimmt.

Im Bundesstaat Alabama schloss die Strafvollzugsbehörde nach einem viermonatigen Moratorium im Februar 2023 ihre Überprüfung des Verfahrens der tödlichen Injektion ab und genehmigte die Wiederaufnahme von Hinrichtungen mit der Giftspritze. Im März verabschiedete der Bundesstaat Idaho ein Gesetz, das den Einsatz von Erschießungskommandos als Hinrichtungsmethode erlaubte. Im April wurde in Florida ein Gesetz verabschiedet, dem zufolge nur noch acht von zwölf Geschworenen für ein Todesurteil stimmen müssen. Damit hat dieser Bundesstaat die niedrigste Schwelle für Todesurteile in den USA. Im August verabschiedete Alabama seine Ausführungsbestimmungen für Hinrichtungen mit Stickstoff – eine Methode, die nach Ansicht von UN-Menschenrechtsgruppen gegen das Verbot von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe verstößt. In Alabama wurde ein Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht, der für Todesurteile eine einstimmige Entscheidung der Jury forderte sowie die rückwirkende Anwendung eines Gesetzes von 2017, wonach das Urteil einer Jury bei Kapitalverbrechen nicht mehr durch richterlichen Beschluss abgeändert werden darf. Der Gesetzentwurf wurde aber nicht verabschiedet.

Der Bundesstaat Washington schaffte die Todesstrafe 2023 offiziell ab, nachdem der Oberste Gerichtshof des Bundesstaats 2018 festgestellt hatte, dass Todesurteile auf willkürliche und rassistisch diskriminierende Weise verhängt wurden.

Andre Lee Thomas

Die für den 5. April 2023 angesetzte Hinrichtung von Andre Lee Thomas wurde von einem Bezirksgericht in Texas ausgesetzt. Seine Rechtsbeistände hatten um mehr Zeit gebeten, damit beurteilt werden kann, ob Thomas in der Lage ist, die Tragweite seiner Bestrafung zu begreifen. Andre Lee Thomas leidet seit seiner Kindheit an schweren psychischen Erkrankungen und litt zum Tatzeitpunkt an einer schweren Psychose. Er wurde 2005 für einen Mord zum Tode verurteilt, den er 2004 begangen hatte.

Willkürliche Inhaftierungen/Guantánamo

Unter Verstoß gegen das Völkerrecht hielt das US-Militär 2023 weiterhin 30 muslimische Männer willkürlich und auf unbestimmte Zeit auf dem US-Marinestützpunkt Guantánamo Bay auf Kuba fest. Vier Gefangene wurden im Jahr 2023 an Drittstaaten überstellt, die Verlegung von 16 weiteren Männern war genehmigt, teilweise bereits seit mehr als einem Jahrzehnt, ohne dass diese erfolgt war. Weil der Kongress weiterhin die Verlegung von Guantánamo-Häftlingen in die USA blockierte, musste die Regierung menschenrechtskonforme Drittstaaten für sie finden.

Weiterhin wurde niemand wegen Folterungen oder Misshandlungen von Häftlingen zur Rechenschaft gezogen. Außerdem gab es nach wie vor keine Entschädigung und keine angemessene medizinische Behandlung für die vielen Gefangenen, die gefoltert und anderweitig misshandelt wurden und/oder dem Verschwindenlassen zum Opfer gefallen waren.

Obwohl der Oberste Gerichtshof der USA bereits 2008 entschieden hatte, dass Guantánamo-Häftlinge ein Recht darauf haben, die Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung richterlich überprüfen zu lassen (*Habeas Corpus*), wurden den Inhaftierten entsprechende Anhörungen weiterhin verweigert. Die im Zuge des "Kriegs gegen den Terror" geschaffenen rechtlichen Bestimmungen, die nach wie vor gegen das Völkerrecht verstießen, beschränkten die Möglichkeiten der Bundesgerichte, die Freilassung von Häftlingen anzuordnen. Selbst entsprechende Urteile von Bundesgerichten führten nicht zur sofortigen Freilassung von Gefangenen.

Acht Gefangene, darunter fünf Männer, denen eine Beteiligung an den Anschlägen vom 11. September 2001 zur Last gelegt wurde, mussten nach wie vor mit Verfahren vor einer Militärkommission rechnen, was gegen internationales Recht und die Standards für faire Verfahren verstieß. Im Fall einer Verurteilung drohte ihnen die Todesstrafe. Sollte diese in einem Verfahren verhängt werden, das nicht den internationalen Standards entspricht, käme dies einem willkürlichen Entzug des Lebens gleich. Bei einigen der verbliebenen 30 Gefangenen gerieten die langwierigen Verhandlungen über Zugeständnisse unter der Voraussetzung eines Schuldeingeständnisses im September 2023 ins Stocken, nachdem die Regierung Forderungen der fünf Männer abgelehnt hatte, die wegen der Anschläge vom 11. September 2001 angeklagt waren. Der systemische Einsatz von Folter und der Verstoß gegen fundamentale Standards der Fairness in diesem System der "Offshore-Justiz" hatten dafür gesorgt, dass die USA weiterhin niemanden für die Anschläge vom 11. September 2001 zur Rechenschaft ziehen konnten.

Außergerichtliche Hinrichtungen

Die USA wandten auch 2023 in verschiedenen Ländern tödliche Gewalt an. Die Behörden veröffentlichten weiterhin keine Informationen über die rechtlichen und politischen Standards und Kriterien, die für die US-Streitkräfte bei der Anwendung tödlicher Gewalt galten.

Die Regierung leugnete weiterhin gut dokumentierte Fälle, in denen Zivilpersonen verletzt und getötet wurden, und sorgte in Fällen von Tötungen an Zivilpersonen, die in der Vergangenheit verübt worden sind, nach wie vor nicht für Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. NGOs, UN-Expert*innen und Medien hatten in den vergangenen zehn Jahren potenziell rechtswidrige US-Drohnenangriffe dokumentiert, die Zivilpersonen erheblichen Schaden zufügten. In einigen Fällen verletzen sie das Recht auf Leben und kamen außergerichtlichen Hinrichtungen gleich. Ein im September 2023 von der Regierung Biden eingeführtes Meldesystem (*Civilian Harm Incident Response Guidance System – CHIRG*) verpflichtete die Beschäftigten des Außenministeriums dazu, alle Vorfälle zu untersuchen und gegebenenfalls zu ahnden, bei denen Empfängerländer von Waffen aus US-Produktion im Verdacht standen, diese einzusetzen, um Zivilpersonen zu verletzen oder zu töten.

www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/usa-2023#section-23638831

amnesty Journal 03/2023